

Konrad Ott

1. Bevollmächtigter IG Metall Ludwigsburg

1. Mai: Vielfalt! Solidarität! Gerechtigkeit!

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2018 in Bietigheim-Bissingen

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir stehen für Vielfalt, Solidarität und Gerechtigkeit!

Ein Gespenst geht um in Deutschland - das Gespenst der sozialen Gerechtigkeit!

Auch in Deutschland herrscht trotz guter Konjunktur viel Ungerechtigkeit.

Ja, die Beschäftigung ist auf einem Höchststand.

Vor allem wegen der Explosion von Leiharbeit, Niedriglöhnen und Werkverträgen!

Ja, die Einkommen sind gewachsen. Aber rund 3,7 Millionen Beschäftigte mit Vollzeitjob verdienen weniger als 2000€ brutto, im Osten sind es fast ein Drittel. Aber während die oberen 10 Prozent in den letzten Jahren ein dickes Plus verzeichnen, ist die Kaufkraft der unteren dreißig Prozent gesunken! Die reichsten 40 Personen verfügen in Deutschland über das gleiche Vermögen wie die ärmere Hälfte. Und ja, das Netto-Geldvermögen in Deutschland liegt bei runden 6 Billionen Euro, 6 000 Milliarden, ohne Immobilienvermögen. Hinzu kommen explodierende Mieten und steigende Abgaben!

Der Wohnungsmarkt ist sowohl Ausdruck wie Treiber der sozialen Spaltung.

Sich arm wohnen wird bis in die mittlere Einkommensklasse hinein zu einer Beschreibung von urbanem Leben. Etwa eine Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland.

Nein, Kolleginnen und Kollegen:

Wirtschaft, Einkommen und Vermögen in Deutschland wachsen. Die Gerechtigkeitslücke wächst noch schneller! Sie ist keine Schimäre, sondern bittere Realität! Jetzt ist eine Politik der solidarischen Umverteilung angesagt!

Gerecht geht anders! Das wissen wir und das muss endlich zum Maßstab der Politik werden.

Kolleginnen und Kollegen!

Bei unserem Kampf für Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität wissen wir die Mehrheit der Menschen an unserer Seite. Wir haben gefragt, 680.000 Menschen haben uns geantwortet – so geht Politik, die nah bei den Menschen ist! Das Ergebnis ist ein beeindruckendes Votum für Tarifverträge, soziale Sicherheit und starke Gewerkschaften. Für Arbeitszeiten die zum Leben passen, gegen prekäre Arbeit!

Und das ist gut so.

Mehr als 20 Prozent der Bevölkerung sind heute von Armut oder Ausgrenzung betroffen.

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für viele. Heute ist sie Quelle von Armut für immer mehr.

Ich frage: Wie sollen junge Menschen ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist? Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse! Nein!

Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft. Sie sind ein sozialstaatlicher Skandal. Deshalb: Nein zu Sozialdumping in den Betrieben und her mit der Guten Arbeit für alle! Und, bei aller Freude über mehr Arbeitsplätze: Vergessen wir unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht! Hartz IV hat versagt, Herr Spahn! Es hat nicht Beschäftigung gefördert – sondern Armut und Niedriglöhne. Und es ist keine Antwort der Solidargemeinschaft auf Armut, sondern brutale neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben.

„Solidarisches Grundeinkommen“, „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ Abschaffung von Hartz IV..

In den letzten Wochen ist eine Diskussion über das Hartz IV System entfacht worden. Es ist längst überfällig, dass sich die Politik der Langzeitarbeitslosen stärker annimmt.

Die diskutierten Vorschläge, das „solidarische Grundeinkommen“ schaffen aber Hartz IV nicht ab. Es hat auch nichts mit dem „bedingungslosen Grundeinkommen“ zu tun, das wir als IG Metall

ablehnen.

Es geht um „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose, denen über öffentlich geförderte Beschäftigung Perspektiven am Arbeitsmarkt eröffnet werden sollen. Unsere Kritik an Hartz IV gilt daher weiter: Die Regelsätze sind zu niedrig, die Zumutbarkeitsregeln und die Sanktionen sind hochproblematisch.

Ich sage: Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihre sozialen Bürgerrechte! Wir fordern Teilhabe am Arbeitsmarkt und Leistungen, von denen man leben kann. Und wir sagen: Weg mit Zumutbarkeitsregeln, die Arbeitslose in prekäre Arbeit ohne Rechte zwingen können. Auch Arbeitslose haben ein Recht auf Gute Arbeit!

Alles andere ist Willkür – und das passt nicht zu einem demokratischen Sozialstaat!

Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit heißt auch: Arbeit darf nicht krank machen. In Hochglanzbroschüren wird oft das Bild der schönen, neuen Arbeitswelt gemalt. Mit jungen, gesunden Menschen - bis unter die Haarspitzen motiviert. Und mit der Digitalisierung wird alles noch schöner, heller, bunter. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Arbeitsverdichtung, Stress und Arbeitshetze sind die Regel. Burnout droht zur Volkskrankheit des 21. Jahrhundert zu werden! Ja, ich weiß: Der globale Wettbewerbsdruck ist gnadenlos. Doch der Hochleistungs-Kapitalismus sollte es mit dem Raubbau an der Gesundheit der Menschen nicht übertreiben. Das Recht auf Gesundheit ist kein Luxusgut für Schönwetterperioden! Es ist ein Menschenrecht – egal, wie es um die Konjunktur steht! Und Menschenrechte gelten doch wohl auch im Betrieb! Und wenn das nicht der Fall ist, dann ist das unser Job, dafür zu sorgen, dass sich das ändert!

Und die Arbeitgeber?

Sie haben nichts Besseres zu tun als die Abschaffung des Achtstunden-Tages zu fordern. Denn, so das Argument, der passe nicht mehr in die neue Zeit. Was nicht in die Zeit passt, sind ungezügelter Phantasien nach Arbeiten ohne Ende! Menschen sind Menschen und keine Roboter! Und deshalb braucht der Arbeitstag eine Grenze, brauchen wir Zeit zur Erholung und für Familie und Freunde. Deshalb: Der Achtstunden-Tag ist gesetzt und bleibt und die Ruhezeit zwischen den Schichten von 11 Stunden auch – Digitalisierung hin oder her!

Die große Koalition ändert nichts an Niedriglöhnen und Tariffucht. Bei der Arbeitszeit geht sie in die völlig falsche Richtung, statt Dauerstress zu bekämpfen will sie längere Arbeitszeiten ermöglichen. Wir machen Druck für gute Arbeit, gute Löhne, für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Wir brauchen Arbeitszeiten, die zum Leben passen.

Das heißt ein individueller Rechtsanspruch auf verkürzte Vollzeit, auf 28-Stunden- Woche. Zeit für Kinderbetreuung, Zeit für Pflege und Zeit für einen Ausgleich belastender Arbeitsbedingungen in der Schichtarbeit. Das haben wir in unserer Tarifrunde durchsetzen können. Jetzt gilt es die Tarifverträge in den Betrieben umzusetzen. Neueinstellungen statt Leistungsverdichtung muss das Ziel sein

Kolleginnen und Kollegen,

Zum 1. Juli steigen die Renten um 3,2 Prozent im Westen und 3,4 Prozent im Osten.

Das ist gut so! Aber lassen wir uns nicht täuschen: Der Sinkflug des Rentenniveaus ist programmiert. Vielen droht ein Absturz im Lebensstandard oder Altersarmut! Die Rente mit 67 ist noch Realität und schon schwadronieren Arbeitgeber und konservative Politiker von der Rente mit 70! Mir fehlen die Worte – diese Forderung ist absurd, dumm und töricht! Ich sage: Schon die Rente mit 67 war eine der größten sozialpolitischen Fehlentscheidungen in der Geschichte! Die Altersgrenzen sollten verschoben werden, aber nicht nach oben, sondern nach unten! Und lassen wir uns nicht einreden, Rentenkürzungen und höhere Altersgrenzen dienen dem Schutz der Jungen. Schützen wir die Jungen vor den falschen Jugendschützern. Wer die Alterssicherung privatisiert, spielt nicht der nachwachsenden Generation, sondern Arbeitgebern und Versicherungskonzernen in die Hände. Die einen verdienen sich eine goldene Nase und die anderen müssen der Versorgungslücke hinterhersparen – ohne Arbeitgeberbeteiligung und mit den Unwägbarkeiten der

Finanzmärkte. Wir sagen, nicht mit uns! Sicherheit im Alter ist zu wichtig, um sie den Zockern auf den Finanzmärkten zu überlassen. Wir wollen eine verlässliche Rentenversicherung, auf die sich alle Generationen verlassen können – auch und vor allem die Jungen! Und in die alle einzahlen: auch Selbstständige, Freiberufler, Beamten und Politiker!

Deshalb: Rauf mit dem Rentenniveau; runter mit der Lebensarbeitszeit, wer 45 Jahre eingezahlt hat, muss mit 63 ohne Rentenabschläge in Rente gehen können und her mit der Erwerbstätigenversicherung. Das steht für Generationengerechtigkeit – und darauf stehen wir!

Kolleginnen und Kollegen!

Apropos Gerechtigkeit – sie wurde in den letzten Jahren auch in der Krankenversicherung mit Füßen getreten. Fast 95 Prozent haben in der IG Metall- Befragung die Rückkehr zur Parität gefordert. Ein starkes Signal! Arbeitnehmer - Arbeitgeber, Halbe - Halbe! Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung wird jetzt als sozialpolitische Wohltat der Groko gefeiert. Das war längst überfällig und ist gut so. Alles andere ist unsozial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

während immer mehr Menschen im „Niedriglohnsumpf“ feststecken, Renten gekürzt und die Parität ausgehebelt wird, machen andere sich die Taschen voll.

In den Vorständen und bei den Aktionären! Die Dividenden stiegen 2017 um 11,6% auf den Rekordwert von 52,6 Milliarden €.

Ob: der Laden boomte oder schwächelte; ob kluge Zukunftsinvestitionen getätigt oder Millionen in den Sand gesetzt wurden - Dividenden und Managervergütungen kannten im Schnitt nur eine Entwicklungsrichtung: nach oben! Für den „Dividendenadel“ der DAX-Konzerne sind das sage und schreibe 35,8 Milliarden. Das ist eine historische Rekord-Dividende. Ähnlich die Managergehälter. Vor 20 Jahren erhielten DAX-Vorstände im Schnitt etwa das 14-fache des durchschnittlichen Beschäftigteneinkommens. Heute mehr als das 57-fache!

Ein normaler Arbeitnehmer müsste 157 Jahre arbeiten, um das durchschnittliche Jahreseinkommen eines DAX-Vorstandsvorsitzenden zu erzielen.

Mit Leistungsgerechtigkeit hat das nichts zu tun, wohl aber mit Raffgier und Unverfrorenheit! Ich finde das ist ein Skandal! So kann das nicht weiter gehen.

Ich sage: Deckel drauf, und zwar sofort; bei Misserfolgen werden die Prämien gestrichen und die üppigen Altersversorgungen werden kräftig rasiert! Das sind Zutaten für mehr Gerechtigkeit und Fairness! Und das ist auch ein Auftrag an uns selbst!

Kolleginnen und Kollegen,

Zukunftsvorsorge in der Region Stuttgart heißt vor allem: ökologische Industriepolitik. Der Transformationsprozess hat bereits begonnen. Die „Elektro-Mobilität“ aber auch die Digitalisierung markieren große Herausforderungen.

Auf Betreiben der IG Metall gibt es auf Landesebene und in der Region Stuttgart Transformationsbeiräte aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft, die die Aufgabe haben den Umstellungsprozess zu gestalten.

Unsicherheit und Zukunftssorgen greifen um sich. Viele fragen: Was und wie produzieren wir morgen und übermorgen? Werde ich da noch dabei sein?

Und vor allem: Werden auch unsere Kinder in der Region noch Arbeit und Zukunft finden?

Für mich steht fest: Zu lange wurde die ökologische Modernisierung verschleppt, zu lange wurden Probleme verschleiert. Und zu zaghaft werden die Zukunftsaufgaben angepackt. Nicht in den Werkshalle und Büros, sondern in der Vorstandsetagen! Weder Mensch noch Natur dürfen auf der Strecke bleiben.

Die Automobilindustrie mit ihrer Wertschöpfungskette ist das Rückgrat der deutschen Industrie. Die Region Stuttgart und der Kreis Ludwigsburg ist besonders betroffen. Sind die Weichen richtig gestellt, dann werden die Beschäftigten mit ihrem Wissen und ihrem Engagement eine neue Erfolgsstory schreiben. Noch immer wird viel, ja sehr viel Geld verdient. Diese Gewinne müssen in

den Strukturwandel fließen. Um die Verbrenner zu optimieren und neue Wertschöpfungsketten der E-Mobilität in Deutschland zu etablieren; Wer nur Renditen und Dividenden im Blick hat, der hat die Belegschaften und die IG Metall zum Gegner. Wer aber Zeit und Geld in neue Produkte, neue Verfahren und neue Mobilitätskonzepte investiert; und wer dabei die Mitbestimmung stärkt und die Beschäftigten mitnimmt, dem reichen wir die Hand. Kurzum:

„Ja“ zum ökologischen Umbau - aber „Nein“ zu Arbeitsplatz- und Sozialabbau!

Und: Hände weg von der Mitbestimmung!

Kolleginnen und Kollegen,

Umweltschutz und Arbeit für Alle sind heute längst globale Themen.

Der Ausstieg aus dem Klimaabkommen durch Trump wird daran nichts ändern.

Die Welt ist aus den Fugen.

Statt Völkerrecht und Verhandlungen riskieren Trump und seine Verbündeten eine weltweite Eskalation von Gewalt. Der Kampf um Einflusszonen der Großmächte tobt als Wirtschaftskrieg, kalter Krieg und auch die heißen militärischen Auseinandersetzungen nehmen zu.

Abrüstung: Deeskalation ist das Gebot der Stunde.

Auch Deutschland spielt mit in diesem Konzert und plant die Ausgaben für Militär.

Bis 2030 sollen 130 Milliarden für Waffensysteme ausgegeben werden.

Die Nato und die Europäische Verteidigungsunion, die im Herbst beschlossen wurde, haben das Ziel die Militärhaushalte in diesen Staaten auf 2% des Bruttoinlandprodukts zu erhöhen.

Für Deutschland bedeutet das rund 75 Milliarden, das ist fast eine Verdoppelung. Die Große Koalition verfolgt dieses Ziel konsequent. Merkel hat es in ihrer Regierungserklärung formuliert und Außenminister Maaß bläst bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins gleiche Horn.

Die Steuergelder, die hier in Waffen und Aufrüstung verpulvert werden, brauchen wir dringend für die soziale Infrastruktur in unserer Gesellschaft.

Für Wohnung, Bildung, Pflege, Gesundheit, Rente und und und...

Rüstungsalarm in Stuttgart

Vom 15-17. Mai findet die Waffentechnik und Militärmesse ITEC zum ersten Mal in Stuttgart mit mehr als 100 Ausstellern statt. Nachdem Köln wegen zahlreicher Proteste der Friedensbewegung der ITEC-Messe abgesagt hat.

Ott hat dazu aufgerufen sich an den Gegenveranstaltungen von "Ohne Rüstung leben" zu beteiligen.

<https://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/stoppt-die-militaermesse-itec-2018.html>

Mit Hurra in die Europäische Verteidigungsunion und ich frage mich, wo bleibt die Europäische Sozialunion?

Die Frage ist für mich: Europa, Traum und Alptraum? Wenn es so weiter geht wird Europa zum Alptraum. Die Europäische Union muss eine Gemeinschaft der Bürger sein, nicht der Banken und der Militärs. Ihr Betriebssystem ist die Demokratie, ihre Zukunft soziale Gerechtigkeit. Nur ein soziales und gerechtes Europa ist auch ein demokratisches Europa, das den Interessen all seiner Bürger verpflichtet ist, denen der armen und reichen Bürger, denen der starken und schwachen Bürger. Dann wäre Europa für mich ein Traum. „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ so steht es in der Schweizer Verfassung. Das ist eine gute, eine wichtige zukunftsweisende Devise, für die sich zu streiten lohnt. Also streiten wir für ein soziales und gerechtes Europa!

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber seien wir ehrlich: Endet unser Blick nicht zu oft am Gartenzaun der eigenen Sorgen? Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Gerechtigkeitslücken bei uns – selbstverständlich! Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt. Die acht reichsten Personen der Welt besitzen mehr Vermögen als die untere Hälfte der Menschheit! In Afrika droht eine humanitäre Katastrophe.

20 Millionen Menschen sind akut vom Hungertod bedroht. Die Welt schaut der Tragödie zu.

Ich erinnere an Willi Brandt. „Wenn wir die Probleme der dritten Welt nicht lösen, kommen die Probleme zu uns.“ Die Flüchtenden aus den Kriegs- und Krisengebieten und aus Afrika sind heute da und sie flüchten wegen Krieg, Hunger und Elend.

Die Nord- Südkommission, wollte in den 70er Jahren Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe.

Kolleginnen und Kollegen!

Ein „Imperium der Schande“ – so hat der Ex-UN-Berichterstatter Jean Ziegler diese Weltordnung genannt. Und genau das ist sie: Ein Imperium der Schande! Damit muss Schluss sein! Es geht um eine Weltwirtschaftsordnung, in der alle Menschen eine Lebensperspektive haben, ganz gleich, wo sie geboren wurden. Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet und die Natur zerstört, ist ein Irrtum der Geschichte. Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der historischen Bühne abtritt. Je früher – desto besser! Auch das ist eine Botschaft des 1. Mai.

Gute Arbeit, soziale Demokratie und globale Solidarität – Herkules-Aufgaben allesamt! Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut? Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir! Ein soziales Mosaik-Bündnis der Solidarität. Diesen Kampf werden wir führen müssen, den wird uns niemand abnehmen.

Für eine Gesellschaft, in der Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie nicht immer wieder gegen die Profit- und Machtinteressen gesellschaftlicher Minderheiten durchgekämpft werden müssen. Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Kapitalismus. Ein altes Ansinnen, gewiss; aber zugleich das aktuellste, das ich kenne. Der Kapitalismus war nicht der Anfang der Geschichte und wird nicht das Ende der Geschichte sein.

Also: Auf geht's! Es lebe der 1. Mai!

Herzlichen Dank